



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XVI/213 - 21. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0 888 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 1a

Warum eigentlich Adenauer?
Parteiprestige ist kein Ersatz für Politik

58

Von Günter Markscheffel

2 - 3

Die neue Bundestagsfraktion der SPD
Um viele Talente bereichert

84

Von Wolfgang Jansen

4

Die Niederlage des Herrn von Hassel
Trotzdem: Wahlkreiseinteilung in Schleswig-Holstein ist revisionsreif

50

5 - 6

Wie Österreich das Ergebnis der Bundestagswahl beurteilt
Zwischen freudiger Zustimmung und schlechten CDU-Parolen

72

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Pranta

7 - 8

Entwicklungshilfe - so oder so?
Der Westen gibt Moskau Propagandachancen

60

Von Bruno Kuster, Genf

* * *

* *

Warum eigentlich Adenauer?

Parteiprestige ist kein Ersatz für Politik

G.M. - Ja - warum eigentlich Adenauer? Weil der Anfangsbuchstabe seines Namens A lautet? Weil er fast 86 Jahre alt ist? Weil er seit nunmehr 12 Jahren der beinahe unumschränkte Herrscher der Bundesrepublik war? Weil er 17 Doktorhüte (oder sind es gar 19?) hat? Weil er schon einmal mit einer Stimme Mehrheit - mit seiner eigenen - zum Bundeskanzler gewählt wurde? Weil Treue und Prestige die CDU/CSU verpflichten, den alten Herrn noch einmal auf den Kanzlerstuhl zu setzen? Weil er wie kaum ein anderer mit seinen Mitarbeitern machen kann, was er will? Weil er im Wahlkampf ausfällig geworden ist? Weil er in einer jetzt abgeschlossenen Ära der deutschen Nachkriegsgeschichte eine zweifellos bedeutsame Rolle gespielt hat?

Fragen über Fragen. Es könnten noch viele solcher Fragen gestellt werden, und doch wäre sicher niemand imstande, eine schlüssige Antwort zu geben. Nicht einmal seine engsten Freunde und Mitarbeiter, die Herrn Adenauer schon in der Nacht nach der Wahl unverblümt gesagt haben, dass er es war, der durch sein Verhalten der CDU/CSU den Verlust der absoluten Mehrheit eingebracht hat.

Also, was ist los? Das während des Wahlkampfes von der CDU/CSU bis zum Überdruß wiederholte "Argument", Adenauer sei "der einzige deutsche Staatsmann", zu dem der Westen Vertrauen habe, und deshalb müssten er und seine Partei auch weiterhin in der Regierung bleiben, sticht keinesfalls. Jeder mögliche Nachfolger Adenauers genießt bei unseren westlichen Freunden das gleiche Vertrauen, wenn nicht noch mehr. Es ist hinreichend bekannt, dass die jetzt im Bundestag vertretenen Parteien nicht im entferntesten daran denken, das gute Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren westlichen Freunden aufs Spiel zu setzen. Dafür gibt es genügend Beweise, ganz abgesehen von den offiziellen Beschlüssen der Parteien selbst.

Andererseits wird nicht einmal in der CDU/CSU verkehrt, dass man im Ausland Herrn Adenauer nicht nur für einen grossen Politiker hält,

sondern auch für einen "alten schlaunen Fuchs", dessen jetziges Prestige im umgekehrten Verhältnis zu seinem zunehmenden Alter steht. Gerade die besten Freunde Adenauers im Westen waren entsetzt über das Alt-Bundeskanzlers verworrene Reden und sein Verhalten nach dem 13. August.

In dieses Kapitel gehört z.B. auch die berühmte Embargo-Ankündigung Adenauers, von der er selbst später im engen Freundeskreis meinte, er hoffe, dass seine Zuhörer die Bedeutung dieses Wortes nicht richtig einzuschätzen wüssten. Andere sagten damals, der Alt-Bundeskanzler habe selbst nicht gewusst, was dieses Fremdwort bedeutet ...

Also, warum eigentlich Adenauer? - Weil Chruschtschow den Alt-Bundeskanzler einmal als Hauptfeind und kurz darauf als "vernünftigen Mann" bezeichnet hat?

Irgendetwas stimmt doch da nicht. Das Argument, allein der alte Herr könne mit den ihm nach langjähriger Regierungszeit belastenden Staatsgeheimnissen fertig werden - eine Version, die auch von seinen Freunden jetzt verbreitet wird - sticht nicht. Wenn Adenauer nicht mehr ist, müsste ja auch ein anderer diese Staatsgeheimnisse auf sich nehmen.

Die CDU ist schlecht beraten, wenn sie glaubt, aus Prestige-Gründen die Kandidatur Adenauer aufrechterhalten zu müssen. Wahrung des Parteiprestiges allein ist kein Ersatz für Politik. Bei aller Hochachtung, die seine Freunde für den Alt-Bundeskanzler haben mögen, gibt es doch eine Grenze. Sie liegt dort, wo das Staatsinteresse den Parteiegoismus und das Parteiprestige der CDU überragt.

Wir meinen deshalb, dass die CDU sehr bald der deutschen Öffentlichkeit klar sagen sollte, warum sie ausgerechnet darauf besteht, Herrn Dr. Konrad Adenauer noch einmal mit der Bürde des Bundeskanzleramtes zu belasten.

Die neue Bundestagsfraktion der SPD

Von Wolfgang Jansen

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion geht aus den Wahlen des Jahres 1961 gestärkt hervor. Das gilt zunächst zahlenmässig: Erstmals gehören ihr mehr als 200 Abgeordnete an. In diesem Zusammenhang sei an den stetigen zahlenmässigen Anstieg der Fraktion erinnert. Im Jahre 1949 zählte die Fraktion 140 Abgeordnete, 1953 waren es 164, 1957 stieg die Zahl auf 181 und nunmehr sind es 203. Die SPD ist damit die einzige Partei, die in vier Bundestagswahlen die Zahl ihrer Abgeordneten stetig und ohne Rückschlag steigern konnte.

34 von den 181 Abgeordneten werden nicht wieder in neuen Bundestag vertreten sein. 31 davon hatten nicht wieder kandidiert. Die restlichen drei Abgeordneten haben einige Aussicht, im Laufe der Zeit ins Bundeshaus zurückzukehren, senkte sich doch bei allen dreien die Quotenschranke vor ihren Namen aus der Landesliste. Für den Fall eines Mandatsverzichts in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz ist jeweils einer von ihnen nächster Anwärter auf ein Bundestagsmandat.

Die meisten "Neulinge" unter 40 Jahren

So sehr die Fraktion manchen der Ausgeschiedenen vermissen wird, so erfreut kann sie doch über den Zuzug sein, den sie mit den neuen Abgeordneten erhält. Dabei fällt auf, dass nahezu die Hälfte der "Neulinge" das 40. Lebensjahr noch nicht erreicht hat. Aber auch fachlich werden sehr qualifizierte Männer als Sozialdemokraten in den neuen Bundestag einziehen. Gewiss, das Bundeshaus ist ein Pflaster eigener Art und schon mancher hat sich hier einen Namen gemacht, von dem man es zunächst nicht erwartet hatte. Ohne also Vorschusslorbieren verteilen zu wollen, sei doch auf einiges hingewiesen.

Hervorragende Persönlichkeiten

Unter den Namen, die schon jetzt im gesamten Bundesgebiet einen guten Klang haben, seien vor allem die prominenter Landespolitiker wie Max Brauer, Fritz Steinhoff und Dr. Wilhelm Hoegner erwähnt, die als frühere Ministerpräsidenten einen reichen Erfahrungsschatz mitbringen. Auch zwei bekannte Publizisten verstärken die Fraktion: Fritz Sängler, ehemals Chefredakteur der Deutschen Presseagentur und Dr. Ilse Eisner, als sozialpolitische Redakteurin einer grossen deutschen Tageszeitung bekannt und angesehen.

Juristen, Ärzte, Pfarrer

Im letzten Bericht der Bundestagsfraktion im Jahrbuch der SPD 1958/59 wurde darüber Klage geführt, dass in der Fraktion zu wenig Juristen seien. Mit den Rechtsanwältinnen Dr. Heinz Morgens-ster und Martin Hirsch, mit Staatsanwalt Dr. Adolf

Müller - Emmert, und Oberlandesgerichtsrat Dr. Gerhard Reischl ziehen nun vier neue Juristen in die SPD-Fraktion ein. Auch zwei Ärzte, Dr. Jwe Jens Nissen aus der Volkswagenstadt Wolfsburg und Dr. Horst Schmidt sind unter den neuen SPD-Abgeordneten. Aus Rheinland-Pfalz kommen zwei Pfarrer neu in die Fraktion: Curt Bieler und Rudolf Kaffka.

Finanz- und Wirtschaftsexperten

Die Lücke, die der tragische Tod des Finanzexperten Prof. Gülich gerissen hat, soll ebenfalls geschlossen werden. Hier ist zuerst Dr. Alex Müller zu nennen, der bereits als Mitglied der Mannschaft und Fraktionsvorsitzender im Baden-Württembergischen Landtag bekannt wurde, aber auch Dr. Gerhard Koch, der sich in der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion einen Namen als Finanzexperte gemacht hat. Selbstverständlich kommt ein grosser Teil der neuen Fraktionsmitglieder aus der aktiven Gewerkschaftsarbeit. Unter ihnen dürfte der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft Philipp Seibert der bekannteste sein. Auch die Volkswirtschaftler erhalten mit dem Dipl. Volkswirt Hans Katthöfer und dem Dozenten bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Heinz Junker Zuzug. Nicht zuletzt sei die Tatsache erwähnt, dass mit Eberhard Brunen ein Fachmann für Wiedergutmachungsfragen in den Bundestag einzieht.

Wichtig scheint uns auch der Hinweis, dass die SPD allein mit 21 Frauen mehr als die Hälfte der weiblichen Abgeordneten im Verhältnis zur CDU/CSU und der FDP in das neue Parlament schickt.

* * *

Dies ist nur ein erster Überblick, der jedoch beweist, dass die SPD-Fraktion mit der Verstärkung, die sie erhält, in jeder Hinsicht zufrieden sein kann. Auch unter den hier nicht erwähnten werden einige Talente schlummern, deren Namen bald einen guten Klang im Bundestag haben wird. Die SPD-Fraktion hatte es in der Opposition schon bisher schwerer als die Regierungsparteien, stand ihr doch für den Entwurf von Gesetzen nicht der eingespielte Apparat grosser Ministerien zur Verfügung. Dennoch hat sie in der Vergangenheit immer wieder eine qualitativ gleichwertige Arbeit geleistet und durchdachte, ausgereifte Gesetzesvorschläge eingebracht, bzw. bei der Beratung von Regierungsentwürfen durch fundierte Sachkenntnis der Abgeordneten und fachgerechten Anträge einen Anteil zur Gestaltung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit geleistet.

Ein Blick auf die Liste der "Neulinge" im Bundestag zeigt, dass die SPD-Fraktion noch stärker als bisher einen wertvollen Beitrag zur Ordnung unseres staatlichen Lebens leisten kann und wird.

+ + +

Die Niederlage des Herrn von Hassel

sp - Am 17. September hat die CDU im Lande ihres Bundeswahlkampfleiters von Hassel eine Niederlage erlitten, die ausgeprägter als in ihren anderen Hochburgen ist. In Schleswig-Holstein hatte der Ministerpräsident und Wahlkampfleiter die Diffamierungskampagne gegen Willy Brandt gestartet. Die Quittung dafür kommt am sichtbarsten darin zum Ausdruck, dass in der Landeshauptstadt Kiel, dem Amtssitz des Herrn von Hassel, der sozialdemokratische Kandidat Professor Fritz Baade direkt mit 11 000 Stimmen Vorsprung vor dem CDU-Bewerber gewählt wurde. Im Wahlkreis Flensburg, dem Wohnsitz des Herrn von Hassel, bisher eine ausgeprägte CDU-Domäne, gelang es den Sozialdemokraten, über 8 000 Stimmen aufzuholen!

Die Sozialdemokraten rangieren jetzt im Norden mit 36,4 Prozent der abgegebenen Stimmen hart auf den Fersen der CDU, die auf 41,8 Prozent zurückfiel und seit 1957 rund 62 000 Stimmen einbüsste, während die Sozialdemokraten 91 000 Stimmen aufholten. In Schleswig-Holstein war es den Sozialdemokraten sogar möglich, den Stand der letzten Landtagswahl vom Herbst 1958 zu überspringen.

Der Erfolg der Freien Demokraten ist, wie im ganzen Bundesgebiet, bedeutend; sie zogen in Schleswig-Holstein von 5,6 auf 13,8 Prozent der abgegebenen Stimmen an. Die grossen Verlierer neben der CDU sind die Gesamtdeutsche Partei, die sogar im Grenzland des BHE auf 3,9 Prozent als Splitterpartei absackte, und der dänisch orientierte Südschleswigsche Wählerverband, der seinen tiefsten Stand seit Kriegsende mit 1,9 Prozent hatte.

Trotzdem gelang es der CDU, 13 Abgeordnete zu bekommen, während die SPD nur 8 Mandate und die FDP 3 bekam. Vor dem Hintergrund der Wahlkreiseinteilung in Schleswig-Holstein berechtigt diese Tatsache zu bitterer Kritik. Die SPD musste nämlich, um ein Mandat zu erhalten, für jeden Abgeordneten rund 63 500 Stimmen bekommen, während die CDU dafür nur 46 800 und die FDP 58 000 brauchte. Hinzu kommt, dass die Diskrepanz zwischen den an die CDU fallenden und denen der SPD Chancen gebenden Wahlkreisen, gemessen an den Wahlberechtigten, so erheblich ist, dass man schon von einer Groteske sprechen kann. Der grossbäuerliche Wahlkreis Norder- und Süderdithmarschen hat 99 000 Wahlberechtigte, während der großstädtische Wahlkreis Kiel 167 000 besitzt.

In Schleswig-Holstein müssen sozialdemokratische Bewerber in Wahlkreisen, die ihnen am ehesten zufallen könnten, bis zu fast doppelt so viel Stimmen erobern als es für die CDU-Abgeordneten in den bäuerlichen Bezirken erforderlich ist. Die Konsequenz dieser ungerechten Wahlkreiseinteilung besteht darin, dass die CDU in Schleswig-Holstein diesmal drei der vier Überhangmandate einheimste. Dabei sei noch am Rande erwähnt, dass die Sozialdemokraten im Wahlkreis 12 - Pinneberg - 1 100 Zweitstimmen mehr bekamen als die Christlichen Demokraten, die mit ihrem Abgeordneten Goldhagen in den Bundestag einrückten. Bundesernährungsminister Schwarz schliesslich ging in seinem Wahlkreis Stormarn (13) mit einem Vorsprung von nur 160 Erststimmen durchs Ziel, wobei die SPD aber 60 Zweitstimmen mehr als die CDU erhielt. - Es wäre an der Zeit, dass sich die Wahlrechtskommission des Bundestages einmal die nördlichen Kreise Schleswig-Holsteins näher ansieht, damit in diesem Bundesland Chancengleichheit für FDP und SPD gegeben ist und die Erzdomänen der CDU auf Normalwahlkreise zugeschnitten werden.

Wie Österreich das Ergebnis der Bundestagswahl beurteilt

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Noch niemals seit Kriegsende hat eine ausländische Parlamentswahl - der Wahlkampf wie auch der Ausgang der Wahlen - in Österreich so großes Interesse und so rege Anteilnahme gefunden wie die Bundestagswahlen vom 17. September. Das allgemeine Gefühl, daß bei diesen Wahlen eine Entscheidung von schicksalhafter Bedeutung gefällt wird, wurde noch durch die Vorgänge in Berlin verstärkt.

Diese Entscheidung ist nun gefallen. Die Österreichischen Sozialisten haben sie mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. "Die Ära Adenauer ist zu Ende!" verkündet die "Arbeiter-Zeitung", das Zentralorgan der SPÖ in einem Leitartikel. "Adenauers Alleinherrschaft ist gebrochen." "Politisch bedeutet diese Entscheidung: Adenauer ist als Alleinherrscher entthront, er ist geschlagen, aber nicht besiegt." "Ohne die weltpolitische Krisensituation hätte Adenauer zweifellos noch viel mehr verloren: Chruschtschows Eingreifen hat Adenauer gerettet." Wie auch die anderen Zeitungen stellt die "Arbeiter-Zeitung" Überlegungen über die künftige Regierung an. Der Erfolg der SPD, so wird bedauernd vermerkt, "ist nicht so groß, daß ihr Mitregieren aus einer vernünftigen zu einer zwingenden Notwendigkeit würde." Doch "selbstverständlich wäre eine Koalition der beiden großen Parteien, also der CDU und der Sozialdemokraten in Deutschlands außenpolitisch schwieriger Lage das weitaus vernünftigste und weitaus stabilste". "Die deutschen Sozialdemokraten haben sich sehr gut geschlagen, sie haben bewiesen, daß sie regierungsfähig und regierungswillig sind; und die Wähler haben es ihnen bestätigt. Daraus wird die Konsequenz zu ziehen sein; wenn nicht heute, so morgen."

Die "Österreichische Neue Tageszeitung" der ÖVP, der österreichischen Bruderpartei der geschlagenen CDU, überschreibt ihren Leitartikel-Kommentar trotz leidvoller Enttäuschung mit einem positiven Hinweis auf eine große Koalition mit den Worten "Bonner Dreieck". Zum Wahlergebnis wird zur Besänftigung der eigenen Anhänger erklärt: "Eine derartige Änderung des Kräfteverhältnisses ist keine echte Sensation." Sodann werden ebenfalls die verschiedenen Möglichkeiten einer neuen Regierungskoalition in der Bundesrepublik erörtert: "Zeigt sich die FDP (in ihrer Ablehnung Adenauers als Kanzler) un-nachgiebig, so müßte unter Umständen der Gedanke einer die SPD einbeziehenden großen Koalition um sich greifen."

Das offizielle Organ der ÖVP, "Das Kleine Volksblatt", veröffentlicht seinen Leitartikel zum Wahlausgang mit dem Titel "Die Schatten werden länger"; zutreffender wäre vielleicht gewesen: "Die Gesichter wurden länger", nämlich die enttäuschten Gesichter derjenigen, die angenommen hatten, Adenauers politischer Starrsinn werde sich (zum Schaden Deutschlands) weiterhin behaupten. In dieser Stellungnahme der ÖVP wird zugegeben, der Rückschlag (der CDU) sei "deutlicher ausgefallen als nach den letzten Ergebnissen der Meinungsforschung anzunehmen war". Die CDU hätte es zu ihrem eigenen Nachteil "bis zuletzt verabsäumt, den Nachfolger Dr. Adenauers deutlich herauszustellen". Trotz allem aber habe sich die CDU "ehrenvoll geschlagen"; sie bleibe "auch weiterhin der bestimmende politische Faktor der Bundesrepublik".

Im Widerspruch zu dieser optimistischen Feststellung heißt es einige Zeilen weiter, die Stellung der Bundesrepublik gegenüber "dem Todfeind seiner Freiheit im Osten" sei nun ungünstiger. Die Deutschen hätten sich "den Luxus geleistet, die Front (der freien Welt) zu schwächen". "Das ist die bedauerliche Bilanz des 17. September. An ihr haben viele unselige Geister mitgewirkt ..." So die wütende und unsinnige Reaktion der zutiefst getroffenen und enttäuschten Parteifreunde Adenauers in Österreich.

Die unabhängige bürgerliche Wiener Tageszeitung "Die Presse" versucht, sich zu einer objektiven Wertung durchzuringen. Die CDU habe, so heißt es in dem Kommentar, "eine empfindliche Schlappe in Kauf nehmen" müssen. Sie werde nun "gezwungen sein, sich bei der kommenden Regierungsbildung einen oder auch zwei Partner für eine Koalition zu suchen". Der durchaus nicht SPD-freundliche Kommentator der "Presse" kommt zu dem Schluß: "Ob es sich die Bundesrepublik in Anbetracht ihrer so ernsten internationalen Situation auch weiterhin wird leisten können, elf Millionen Wähler und 190 Abgeordnete in der Opposition zu belassen oder ob nicht gerade die bevorstehenden schweren Entscheidungen über Berlin nach einer Regierung der nationalen Konzentration rufen, wird wohl zur wichtigsten Frage der kommenden Verhandlungen in Bonn werden."

+ + +

Entwicklungshilfe - so oder so?

Von Bruno Kuster, Genf

Obwohl die wirtschaftlich rückständigen Länder bereits seit einem Jahrzehnt die Schaffung eines UN-Investitionsfonds fordern, sagen die massgebenden westlichen Mächte zur grossen Genugtuung Moskaus immer noch nein. Die Genugtuung Moskaus ist doppelt: erstens läuft die Sowjetunion dank der hartnäckigen westlichen Opposition keinerlei Gefahr, die schönen Worte finanziell untermauern zu müssen; und zweitens kann sie sich ohne die geringsten Spesen als "die einzig wahre Verfechterin der Interessen der aufstrebenden Länder" aufspielen.

Unklare Situation

In dem aus 25 Staaten bestehenden "Ausschuss für einen UN-Investitionsfonds" brachten es die Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich und Kanada fertig, die Entwicklungsländer gründlich vor den Kopf zu stossen. Glücklicherweise tanzten Dänemark, Holland und Italien aus der Reihe und stellten sich an die Seite der Entwicklungsländer, während sich Japan vorsichtig der Stimme enthielt. Jedoch ist der grundsätzliche Beschluss der UN-Generalversammlung vom 15. Dezember 1960, einen Investitionsfonds zu schaffen, der Verwirklichung nicht viel näher gekommen.

Da sich die Haltung der massgebenden westlichen Mächte in dieser Frage in der Zwischenzeit nicht geändert hat, blieb auch dem Wirtschafts- und Sozialrat nichts anderes übrig, als das noch nicht gar gekochte Gericht wieder der demnächst beginnenden Generalversammlung zuzuschicken.

Die amerikanische Auffassung

Nach amerikanischer Auffassung besteht keine Notwendigkeit für eine neue internationale Finanzinstitution, da mit den schon vorhandenen Mitteln eine "kraftvolle Offensive" gegen die wirtschaftliche und soziale Unterentwicklung im Gange sei, getragen von verschiedenen internationalen Organismen und vor allem auch bilateralen Programmen. Unter diesen Umständen sei es deshalb unwahrscheinlich, dass die wirtschaftlich fortgeschrittenen Staaten bereit seien, zusätzliche Verpflichtungen einzugehen.

Gegenargumente der Entwicklungsländer

Demgegenüber können die Entwicklungsländer darauf hinweisen, dass gerade die rückständigsten Gebiete am wenigsten Aussicht haben, ausländische Kapitalien zu erhalten. So sehr sie die Tätigkeit der Weltbank und der mit ihr verbundenen International Development Association schätzen, stossen sie sich begreiflicherweise an der Tatsache, dass in diesen Institutionen die "armen Vettern" praktisch nichts zusagen haben. Die aufstrebenden Staaten verlangen darum, dass in der Verwaltung des zu schaffenden UN-Investitionsfonds allen Staaten, ob reich oder arm, nur eine Stimme zuerkannt wird. Ganz deutlich wurde der Vertreter des Irak, der dem gewiss nicht neuartigen Wunsche Ausdruck gab, der internationale Beistand müsse durch Vermittlung der Vereinten Nationen gewährt werden, da nur diese universale Organisation imstande ist, Hilfe ohne politische Bindungen und Auflagen zu gewähren. Schliesslich bemängeln die hilfeschuchenden Staaten, dass ihnen die bereits bestehenden Institutionen nur für einzelne konkrete Projekte Kredite gewähren, nicht aber für die Finanzierung umfassender Entwicklungsprogramme.

Eine politische Frage.

Die noch unentschiedene Auseinandersetzung um den UNO-Investitionsfonds berührt, wie man sieht, entscheidende politische Fragen. Es geht darum, ob die Entwicklungsländer nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis als gleichberechtigte Partner anerkannt und ob die Vereinten Nationen materiell in die Lage versetzt werden, die Erwartungen der jungen Staaten zu erfüllen.

--- + + + ---

Verantwortlich: Günter Markscheffel